

From:
Sent:
To:
Subject:

[REDACTED]

FW: Due Diligence: Ideas of REWE Group for an incentive system+ Due Diligence

From: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@rewe-group.com](mailto:[REDACTED]@rewe-group.com)>

Sent: Tuesday, December 29, 2020 5:16 PM

To: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

[REDACTED]

SCHREIBER Kristin (GROW)

<Kristin.Schreiber@ec.europa.eu>

Subject: AW: Due Diligence: Ideas of REWE Group for an incentive system+ Due Diligence

Dear Mr [REDACTED],

Thank you very much for your swift reply and consideration of our proposal as well as to Ms Schreiber for her kind consideration and coordination. We are glad to hear that this is a constructive contribution to the ongoing debate on an EU corporate due diligence framework.

Thank you also for pointing towards the Commission's open public consultation, which we are currently reviewing with the objective to include our proposal in a useful manner. Also, we can confirm that the retail associations will equally take part on behalf of the sector.

If you have any open questions or are looking for examples and on the ground experiences, please do not hesitate to contact us. We are always happy to share the key takeaways from our supply chain projects (what worked well and what didn't work).

In the meantime, I would like to wish you and your team very calm and festive last days of 2020 and all the best for 2021.

Best wishes,

[REDACTED]

Von: [REDACTED]

Gesendet: Donnerstag, 3. Dezember 2020 16:51

An: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@rewe-group.com](mailto:[REDACTED]@rewe-group.com)>

Cc: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]
Kristin.Schreiber@ec.europa.eu

Betreff: RE: Due Diligence: Ideas of REWE Group for an incentive system+ Due Diligence

Dear [REDACTED],

I am following up on your correspondence with my director, Ms. Kristin Schreiber.

Thank you very much indeed for your valuable suggestion about an incentive system for Human Rights Due Diligence. The fisheries system and its positive effects on the ground is a great example of how the EU can make an impact.

As you pointed out in your message, different Commission services have gathered thorough knowledge via existing assessments and dialogues.

My Unit is in close connection with some of these services, and we will share your excellent ideas with them. This would contribute to the ongoing reflection process on the EU corporate due diligence legislation now announced by the Commission – with the Directorate General for Justice and Consumers being in the lead - and on the work on Business and Human Rights.

Let me take this opportunity to indicate – even if I am sure you already know – that there is an ongoing public consultation as part of this process, where you can contribute:

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Autumn2020publicconsultationsustainablecorporategovernance?surveylanguage=en>

I am confident that you will continue providing useful input in the process.

Kind regards,



European Commission

DG Internal Market, Industry, Entrepreneurship and SMEs

SME Internationalisation Unit

BREY 6/284

B-1049 Brussels/Belgium

+32 2 2957563 Fax: +32 2 2951056

giacomo.mattino@ec.europa.eu



From: SCHREIBER Kristin (GROW) <Kristin.Schreiber@ec.europa.eu>

Sent: Tuesday, November 24, 2020 10:25 AM

To: [REDACTED] <[REDACTED]@rewe-group.com>

Cc: [REDACTED]

Subject: Re: Due Diligence: Ideas of REWE Group for an incentive system+ Due Diligence

Liebe Frau [REDACTED],

Vielen Dank für Ihre Email und die interessanten Anregungen.

Excellent that you also prepared them in English! (For my colleagues: second part of the email 😊). I am looping in Giacomo Mattino and his colleagues in my Directorate who deal with these and related questions.

We will get back to you.

Beste Grüße

Kristin Schreiber

On 18 Nov 2020, at 15:23, [REDACTED] <[REDACTED]@rewe-group.com> wrote:

Sehr geehrte Frau Schreiber,

ich schreibe Ihnen im Namen der REWE Group und auf Empfehlung von Frau Gerstein bzgl dem geplanten EU Lieferkettengesetz. Als REWE Group blicken wir mit großem Interesse auf dieses Thema und haben eine proaktiven Vorschlag ausgearbeitet.

Für unseren Bereich Nachhaltigkeit ist oftmals eine der **größten Hürden die fehlende Governance Struktur vor Ort**, und wir sprechen uns daher für zusätzliche Anreize für strukturelle Verbesserungen in einem potenziellen EU Lieferkettengesetz aus. Auf EU Ebene existiert bereits eine VO zur Bekämpfung der illegalen Fischerei, die laut NGO Analyse dafür gesorgt hat, dass *„die Kommission bis Ende 2015 mit knapp 50 Nicht-EU-Ländern in den Dialog getreten [ist]. Ein Großteil **dieser Länder hat die***

notwendigen Reformen durchgeführt, ohne dass eine offizielle Verwarnung ausgesprochen werden musste.“

Wenn man sich auf dieses Beispiel und gelebte Praxis aus der Fischerei VO beziehen würde und in eine EU Sorgfaltspflicht integrieren könnte, wären hoffentlich auch hier nationale Länderreformen möglich. **Der Mehrwert könnte somit über die Anhebung der Standards in einzelnen Fabriken /Erzeugerorganisation hinaus gehen.** Wir haben dazu informell einen Vorschlag ausgearbeitet, wie ein solches System aussehen und welche Anreize es schaffen könnte. Es ginge hier also um einen **Rechtsrahmen für verpflichtende Due Diligence + Anreizsystem aus FischereiVO.**

Dies schicken wir Ihnen gerne unten anbei (auf DE & EN) sowie Hintergrundinformationen über die FischereiVO und die genannte NGO Analyse. Besonders aus **Sicht der EU Wirtschaft wären diese Anreize eine echte Unterstützung** für unsere Aktivitäten in Drittländern. Gerne stehen wir jederzeit für Rückfragen und/oder einen Austausch auch mit unserem Einkauf für die GD GROW zur Verfügung. Ich würde mich ebenfalls über Hinweise freuen, wenn ich dies an zusätzliche Personen in der GD GROW senden kann.

Vielen Dank in jedem Falle für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Team noch eine gute Woche und alles Gute für die Gesundheit,



Vorschlag für ein EU-System, das Anreize für kontinuierliche, globale Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte schafft (EN Version unten anbei)

- Menschenrechte bieten grundlegende gesetzliche Rechte für einzelne Menschen gegenüber Staaten. Sie sind universell, unveräußerlich und unteilbar.
- Die EU sollte ein Due-Diligence-System einführen, das auch Anreize für ein positives Verhalten von Ländern / Staaten schafft.

Grundelemente des Systems

- Die Europäische Kommission verfügt über weitreichende Kenntnisse über den globalen Stand von Governance-Strukturen, geltenden Gesetzen,

Durchsetzungsmechanismen und deren Wirksamkeit in Drittstaaten und Regionen via:

- 140 Delegationen der Europäischen Kommission in Drittstaaten & European External Action Service (EEAS)
- Stakeholder-Dialoge und Bewertungen der GD DEVCO // Überprüfungen im Rahmen der EU Entwicklungshilfe
- Handelsbezogene Bewertungen, z.B. im Rahmen des EU "Everything But Arms" Handelssystem (EBA-Präferenzen können bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen Arbeitsrechtskonventionen ausgesetzt werden)
- Inspiriert von dem bestehenden EU-Rechtssystem im Bereich illegale Fischerei, würde die Kommission dieses vorhandene Wissen und ihr Netzwerk von weltweiten EU Delegationen nutzen und Güter-spezifisch Risikolisten erstellen:
 - Gebiete ohne Risiko
 - Gebiete mit mittlerem Risiko
 - Gebiete mit hohem Risiko
- Wie im Fischereisystem sollten diese Listen regelmäßig überwacht und aktualisiert werden. Die Kommission soll Leitlinien veröffentlichen, die herausstellen welche Elemente und politischen Entwicklungen zur Verringerung der identifizierten Risikofaktoren beitragen.
- Interessengruppen (NGOs, Gewerkschaften, etc.) haben die Möglichkeit, festgestellte Menschenrechtsverletzungen der örtlichen Delegation der Europäischen Kommission vertraulich zu melden
- Auf der Grundlage der von der Europäischen Kommission

vorgenommenen Risikokategorisierung (durch regelmäßige Analyse des rechtlichen Besitzstands, bestehender Durchsetzungsmechanismen, Wirksamkeit der Durchsetzung und direkt und indirekt festgestellter und gemeldeter Menschenrechtsverletzungen) müssen Unternehmen die obligatorischen Sorgfaltspflichten in der EU auf folgende Weise erfüllen:

- Keine Risikoregion → Keine zusätzlichen Sorgfaltspflichten
- Moderate Risikoregion → Mittlere Sorgfaltspflichten
- Hohes Risiko → erhöhte Sorgfaltspflichten

Vom System erzielte Anreize:

- Zusätzliche Sorgfaltspflichten für Gebiete mit mangelndem Schutz und mangelnder Durchsetzung der Menschenrechte schaffen **Marktanreize für Waren aus Ländern, die positive Maßnahmen ergreifen**. Waren, die mit einem hohen Schutzniveau der Menschenrechte hergestellt / bezogen werden, sollten **die einfachste Wahl auf dem Weltmarkt sein**.
- Drittländer wären daran interessiert, positive Entwicklungen und die Durchsetzung von Vorschriften zu fördern, um eine niedrige Risikobewertung zu erreichen. // **Bestehende Anreize für Drittländer die Senkung der nationalen Standards zu forcieren, sollten so ausgebremst werden**
- Unternehmen müssen ihre Due-Diligence-Aktivitäten auf der Grundlage des mit ihren Beschaffungsmärkten verbundenen Risikos intensivieren. // Unternehmen erhalten **unabhängige Bewertungen** der Situation vor Ort und können ihr Risikomanagement im Kontext von Rechtssicherheit und dem Wissen durchführen, dass sie über

Informationen verfügen, denen sie vertrauen können

- **NGOs, Gewerkschaften und andere relevante Interessengruppen vor Ort** haben die Möglichkeit, über einen **sicheren, vertraulichen und geschützten Dialog** mit der Europäischen Kommission, die Bewertung direkt Erfahrungen aus erster Hand zu gestalten

Vorschläge zur Umsetzung

- Über einen risikobasierten Ansatz sollten die EU Institutionen einen Fahrplan für die schrittweise Bewertung und Integration von Gütern/Waren in das neue System aufstellen

Praxisbeispiel: Verordnung der Europäischen Union (EU) Nr. 1005/2008 des Rates über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU)

- Über die IUU-Verordnung kann die EU gegenüber Drittstaaten, die keine angemessenen Maßnahmen zur Verhinderung und Unterbindung illegaler Fischerei einsetzen, tätig werden und Anreize Verbesserung schaffen
- Bewertung und [Analyse von IUU Watch](#) (NGO Allianz):
 - *„Das EU-Verfahren zur Identifizierung nicht-kooperierender (Nicht-EU)-Drittländer im Kampf gegen illegale Fischerei – das so genannte „Kartenverfahren“ – ist eine zentrale Komponente der IUU-Verordnung der EU, mit der bereits wichtige und positive Ergebnisse erzielt wurden. Das Verfahren konnte im Bereich des Fischereimanagements und der Kontroll- und Überwachungsmechanismen in einer Reihe von Ländern außerhalb der EU bereits konkrete Verbesserungen anstoßen. Damit hat es sich als*

geeignetes Instrument erwiesen, um die Einfuhr illegaler Fischereierzeugnisse in die EU zu unterbinden und einen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen illegale Fischerei zu leisten“

- *„Im Zuge des Kartenverfahrens ist die Kommission bis Ende 2015 mit knapp 50 Nicht-EU-Ländern in den Dialog getreten. Ein Großteil dieser Länder hat die notwendigen Reformen durchgeführt, ohne dass eine offizielle Verwarnung ausgesprochen werden musste. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes haben insgesamt zwanzig Länder im Rahmen der Verordnung eine gelbe Karte erhalten. Gegen vier von ihnen wurde aufgrund fehlender oder zu spät in Angriff genommener Reformanstrengungen in der Folge eine rote Karte verhängt. Neun der zwanzig Länder nahmen wirksame Reformen ihres Fischereimanagements in Angriff, um die aufgezeigten Schwachstellen und Defizite zu beheben, so dass ihre gelbe bzw. rote Karte zurückgenommen werden konnte (grüne Karte)“*

- Prozessübersicht Kartenverfahren
(Quelle: IUU Watch Issue Brief)

<image001.jpg>

Proposal for an EU system establishing incentives for continuous, global improvements in the field of human rights

- Human rights provide basic legal rights for individual human beings against States. They are universal (apply everywhere to all people), inalienable (cannot be ceded) and indivisible (can only be realised in their entirety).

- The EU should implement a due diligence system that also incentivizes positive behavior by countries/states.

Basic elements of the system

- The European Commission has thorough knowledge on the global state of play of governance structures, applicable laws, enforcement mechanisms and their effectiveness in the different countries and regions via
 - 140 European Commission Delegations & European External Action Service (EEAS)
 - DG DEVCO stakeholder dialogues and assessments // Reviews in the context of EU development aid
 - Trade related assessments, e.g. the EU's Everything But Arms' trade scheme (EBA preferences can be withdrawn in case of serious human rights violations and breaches of labour rights conventions)
- Inspired by the EU legal system established in the context of illegal fisheries, the Commission would use this existing knowledge and network and establish commodity related risk analysis lists:
 - Areas without risk
 - Areas with moderate risk
 - High risk areas
- Same as in the fisheries system, these lists should be regularly monitored and updated. The Commission will give guidance what elements and political developments contribute to reducing the identified risk factors. Stakeholders will have the opportunity to report observed human rights infringements towards the local representative of the European Commission
- Based on the risk categorization, undertaken by the European Commission (via regular analysis of the legal acquis, existing enforcement

mechanisms, effectiveness of enforcement and directly and indirectly detected and reported human rights violations), companies have to fulfill mandatory due diligence requirements in the following manner:

- No risk region → no due diligence requirements
- Moderate risk region → medium due diligence requirements
- High risk → heightened due diligence requirements

Incentives created by the system:

- Additional due diligence requirements for areas with a lack of protection and enforcement of human rights will create market incentives for goods originating from countries taking positive action → goods manufactured/sourced with a high level of protection of human rights should become the easiest choice
- Countries are interested in fostering positive developments and enforcement of rules in order to achieve a low risk rating // Countries should no longer experience incentives towards lowering national standards
- Companies have to intensify their due diligence activities based on the risk connected to their sourcing markets // Companies receive independent assessments of the situation on the ground and can undertake their risk management in the context of legal certainty and knowledge that they have information at hand that can be trusted
- NGOs, trade unions and other relevant stakeholders on the ground have the option of feeding into the assessment via a safe, confidential and protected dialogue with the European Commission delegations

Suggestions for Implementation

- Following a risk-based approach, the EU institutions should set out a roadmap for

step by step evaluation and integration
of commodities under the new system

Example: Regulation (EC) No 1005/2008 (IUU Regulation)

- The IUU Regulation can take steps against states that turn a blind eye to illegal fishing activities: first it issues a warning, then it can identify and black list them for not fighting IUU fishing.
- According to an [issue Brief by IUU Watch](#) (an alliance of NGOs): *“The EU’s procedure for identifying noncooperating third (non-EU) countries in the fight against illegal fishing – the so-called “carding process” – is a core component of the EU IUU Regulation, which has had significant positive results to date. The process has incentivized concrete improvements in fisheries management and MCS procedures in a number of countries outside of the EU, demonstrating that it can stop the import of illegal fish products into the EU and contribute to combatting illegal fishing globally” [...] “By the end of 2015, the Commission had entered into dialogue with almost 50 non-EU countries as part of this process. The majority of these countries have made the necessary reforms without the need for an official warning. At the time of writing (April 2016), twenty countries have been issued with yellow cards under the Regulation, of which four have received red cards for failing to undertake reforms, or to take them in a timely manner. Nine of the twenty countries have carried out robust fisheries management reforms to address identified shortcomings, and have had their yellow or red cards lifted (green carded).”*
- Process (overview taken from IUU Watch Issue Brief accessible here: http://www.iuuwatch.eu/wp-content/uploads/2015/06/3rdCountryCardingGuidelinesReport_FINAL.LOW_.pdf)

<image002.jpg>

REWE GROUP

[REDACTED]
EU Transparency Registry Number: 695563913580-18

Avenue des Nerviens 85, Etage 2
B-1040 Bruxelles

REWE-ZENTRALFINANZ eG
Domstraße 20 · 50668 Köln
Vorstand: Lionel Souque (Vorsitzender), Jan Kunath (stv. Vorsitzender),
Sören Hartmann, Dr. Christian Mielsch
Aufsichtsratsvorsitzender: Erich Stockhausen
Registergericht: Amtsgericht Köln (43 GnR 631), Sitz der Gesellschaft:
Köln
GLN: 43 88 800 00000 7
USt-Id-Nr.: DE 122 789 630

Phone: [REDACTED]
Mobilephone: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]

Denken Sie an die Umwelt. Drucken Sie diese E-Mail nur, wenn Sie sie wirklich brauchen.
Informationen zum Datenschutz sowie zu Ihren Rechten als betroffene Person/en finden Sie [hier](#).
Please find information concerning data protection and your rights in English language [here](#).